



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe
(LABOE/GV/02/2021) vom 03.03.2021

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Michael Meggle

1. stellv. Bürgermeister

Herr Jan-Rolf Plagmann

2. stellv. Bürgermeisterin

Frau Margret Diekötter

Bürgermeister

Herr Heiko Voß

1. stellv. Bürgermeister

Herr Marc Wenzel

2. stellv. Bürgermeisterin

Frau Annette Kleinfeld

3. stellv. Bürgermeister

Herr Günter Petrowski

Mitglieder

Frau Claudia Bern

Frau Maren Biewald

Herr Jörg Erdmann

Herr Karl Christian Fleischfresser

Herr Marcus Hegewald

Herr Frank Krogowski

Herr Wilhelm Kuhn

Herr Martin Opp

Frau Katrin Opp-Löck

Herr Tobias Slenczek

Presse

Frau Nina Janssen

Protokollführerin

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Helge Cornehl

Beginn:

19:00 Uhr

Ende

22:30 Uhr

Ort, Raum:

24235 Ostseebad Laboe, Schulstr. 1,
(Jenner-Arp-Sporthalle)

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 03.02.2021 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Bericht des Bürgermeisters
7. Vorstellung Jahresabschluss 2019 und Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2016 und Behandlung des Jahresergebnisses - Beratung und Beschlussfassung LABOE/BV/464/2021
8. Änderung der Satzung für den Kinder- und Jugendbeirat der Gemeinde Ostseebad Laboe LABOE/BV/468/2021
9. Investitionsprogramm für Ganztagschulen LABOE/BV/469/2021
10. Bekenntnis der Gemeindevertretung zum kommunalen Klimaschutz in Laboe; Antrag der SPD-Fraktion
11. Aufwertung des NER - Naturerlebnisraum Dünenlandschaft Laboe; Antrag von Herrn Gemeindevertreter Fleischfresser
12. Parkgebührenverordnung; Friedrichstraße und Buerberg; Sachstandsbericht
13. Änderung der Hauptsatzung
- 13.1. Hauptsatzungsänderung; Antrag der SPD-Fraktion
- 13.2. Änderung der Hauptsatzung als erste (formale) Voraussetzung für zukünftige Sitzungen in Fällen von höherer Gewalt; Antrag der LWG-Fraktion
14. Satzungsänderung Seniorenbeirat; Ergebnis der Prüfung und Beschlussfassung; Antrag der GRÜNEN-Fraktion
15. Aufhebung des Beschlusses aus der GV vom 24.06.2020 unter TOP 14 - Sanierung Rathaus und Aufhebung des Beschlusses aus der GV vom 12.02.2020 unter TOP 14 Punkt 3: Sanierung Rathaus; Anträge der CDU-Fraktion

16. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Herr Bürgervorsteher Meggle eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Im Anschluss daran stellt er fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und dass die Gemeindevertretung mit 16 Vertreter*innen beschlussfähig ist. Herr Gemeindevertreter Cornehl ist entschuldigt.

Der Bürgervorsteher bittet die anwesenden Gäste die ausgelegten Kontaktzettel auszufüllen und alle Teilnehmenden die Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Zur Tagesordnung liegen folgende Anträge vor:

- Antrag des Bürgermeisters auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Auftragsvergabe barrierefreier Strandzugang an der Lesehalle“ im Wege der Dringlichkeit, die vom Bürgermeister kurz begründet wird. Dieser Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen angenommen und als neuer TOP 23 aufgenommen.
- Antrag von Frau Gemeindevertreterin Kleinfeld auf Absetzung des Tagesordnungspunktes „Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Ostseebad Laboe“, da eine Geschäftsordnungsregelung bereits in Arbeit sei und den Fraktionen zur Beratung vorliegt. Nach einem kurzen Statement von Herrn Gemeindevertreter Fleischfresser als Antragsteller wird dieser Absetzungsantrag mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.
- Antrag von Herrn Gemeindevertreter Slenczek, die beiden Anträge von SPD und LWG zur Hauptsatzungsänderung gemeinsam zu beraten. Da die LWG hiermit nicht einverstanden ist, zieht Herr Gemeindevertreter Slenczek diesen Antrag zurück.
- Antrag von Herrn Gemeindevertreter Slenczek, den Tagesordnungspunkt „Aufhebung des Beschlusses aus der GV vom 12.02.2020 unter TOP 14 Punkt 3: Sanierung Rathaus“ im öffentlichen Sitzungsteil zusammen mit dem Tagesordnungspunkt „Aufhebung des Beschlusses aus der GV vom 24.06.2020 unter TOP 14 - Sanierung Rathaus“ zu behandeln. Da zwischenzeitlich öffentlich geworden sei, dass das Amt das Rathaus in Laboe verlasse, gebe es keinen Grund mehr für eine nichtöffentliche Beratung. Dieser Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen angenommen.

Außerdem kündigt Herr Gemeindevertreter Petrowski an, dass sich die CDU-Fraktion vorbehält, möglicherweise zu diesem letztgenannten TOP (jetzt TOP 15) einen weiteren Antrag zu stellen. Eine entsprechende Tischvorlage habe er vorsorglich vorbereitet und würde sie ggf. verteilen.

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte 17-24 nicht-öffentlich zu beraten.

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Herr Jahn erkundigt sich zum Thema „Parken in der Friedrichstraße“, ob bereits Hinweise der Feuerwehr vorliegen. Herr Bürgermeister Voß verweist auf den Tagesordnungspunkt 12. Dort werde er einen Sachstandsbericht geben.

Frau Harrje spricht das Thema Ortsentwicklung an. Da es offensichtlich kurz nach dem Neubaugebiet Krützkrög schon wieder Pläne für ein ähnlich großes Neubaugebiet gebe, möchte sie hinterfragen, ob Laboe wirklich noch so ein großes Neubaugebiet benötige, welche Vorteile sich hierdurch ergeben, ob der Zeitpunkt wirklich geeignet sei und wohin sich Laboe eigentlich entwickeln wolle. Sie möchte anregen, sich hiermit intensiv zu beschäftigen. Herr Bürgermeister Voß erläutert hierzu, dass der Flächennutzungsplan die in Rede stehende Fläche als Wohnbaufläche ausweise und zeigt kurz den Weg und die einzelnen Schritte eines Planverfahrens auf.

Herr Hildebrandt spricht das Bürgerinfoportal auf der Homepage des Amtes Probstei an. Er werde regelmäßig aufgefordert, sog. cookies zuzustimmen und frage sich, was das Amt Probstei mit seinen Daten wolle. Herr Bürgermeister Voß erläutert, dass er dies technisch nicht abschließend erklären könne, er diese Frage aber mit dem Amt klären werde.

Herr Hildebrandt erkundigt sich ferner, ob die Beschäftigten des Amtes die Gemeinde Laboe verlassen. Herr Bürgermeister Voß erläutert, dass nach dem Fusionsvertrag zwischen der Gemeinde Laboe und den übrigen amtsangehörigen Gemeinden ein Verwaltungsstandort in Laboe vorzuhalten sei. Die Beschäftigten des Amtes werden also weiterhin vor Ort tätig sein.

Herr Hildebrandt erkundigt sich schließlich als langjähriger Nutzer des Hafens, wer von der Gemeinde an dem im März anberaumten Gerichtstermin vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig teilnehmen werde. Herr Bürgervorsteher Meggle erläutert, dass er teilnehmen werde. Herr Bürgermeister Voß ergänzt, dass außerdem der Amtsdirektor des Amtes Probstei als Hafenbehörde und er selbst als Betreiber des Hafens für die Gemeinde dem Gerichtstermin beiwohnen werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Bürgervorsteher schließt die Einwohnerfragestunde.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 03.02.2021 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Gemeindevertreter Fleischfresser bittet um Berichtigung des Protokolls. Er habe zu TOP 19 nicht gefragt, wer das "Kopfgeld" für Segelfahrten erhält, sondern wer das "Kopfgeld" für Touristenfahrten erhält.

Herr Gemeindevertreter Slenczek stellt fest, dass zu TOP 8 protokolliert wurde, dass der Bürgermeister „unter anderem“ über folgende Themen berichtet. Dürfe er aus dieser Formu-

lierung darauf schließen, dass nicht alles, was der Bürgermeister berichtet habe, auch protokolliert wurde. Falls dies so sei, bittet er zukünftig um eine vollständige Darstellung.

Herr Gemeindevertreter Erdmann erklärt zu TOP 19, dass man nicht nach den Tätigkeitsbeschreibungen der Bauhofmitarbeiter gefragt habe, sondern nach den Tätigkeitsbeschreibungen aller Mitarbeiter*innen des Eigenbetriebes.

Herr Gemeindevertreter Petrowski vermisst zu TOP 9 seinen Wortbeitrag, dass eigentlich zu diesem TOP kein inhaltlicher Beschluss zu fassen sei, weil die Gemeindevertretung bei einer Einwohneranregung lediglich eine Stellungnahme abzugeben habe.

Weitere Einwendungen werden nicht vorgetragen. Herr Bürgervorsteher Meggle gibt die in nicht-öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt. Die Gemeindevertretung habe beschlossen, Herrn Arne Arp den Bürgerpreis 2020 zuzuerkennen. Außerdem habe die Gemeindevertretung den Neuabschluss der Trägerschaftsverträge mit den Kindertageseinrichtungen beschlossen.

TO-Punkt 6: Bericht des Bürgermeisters

6.1

Herr Bürgermeister Voß berichtet, dass im Baugebiet Krützkrög im April mit der endgültigen Herstellung begonnen werde. Dies entspreche auch den Vorgaben des Erschließungsvertrages.

6.2

Der Bürgermeister berichtet ferner über neue Förderrichtlinien für investive touristische Projekte. Hierzu könne gegebenenfalls auch die Promenadenplanung gehören. Es gebe auch Förderungen von Naturerlebnisräumen. Er berichtet in diesem Zusammenhang über eine fachliche Anregung von Herrn Harrje zum Schutz von Brutgebieten. Hierzu sei er in Kontakt mit der UNB.

TO-Punkt 7: Vorstellung Jahresabschluss 2019 und Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2019 und Behandlung des Jahresergebnisses - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: LABOE/BV/464/2021

Herr Bürgermeister Voß erläutert kurz die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Werkausschuss.

Herr Gemeindevertreter Fleischfresser stellt fest, dass das Defizit nicht kleiner werde, sondern stagniert. Hier müsse man ein besonderes Augenmerk drauf haben.

Frau Gemeindevertreterin Bern und Frau Gemeindevertreterin Kleinfeld drängen darauf, dass nunmehr auch die Zahlen für 2020 vorgelegt werden. Frau Bern weist darauf hin, dass man viel Geld in das Programm DATEV und die Buchhaltung gesteckt habe und Frau Kleinfeld erinnert daran, dass die Wirtschaftsprüferin festgestellt habe, dass die Zahlen für 2020 wesentlich schlechter sind. Man benötige diese Zahlen dringend für den Haushalt.

Herr Bürgermeister Voß erläutert hierzu, dass eine Darstellung des Jahresergebnisses des Vorjahres im aktuellen Wirtschaftsplan nicht vorgesehen sei. Selbstverständlich sei man dabei, die Zahlen zu ermitteln, aber hier gehe ganz klar Sorgfältigkeit vor Schnelligkeit.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung fasst zum Jahresabschluss 2019 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe folgende Beschlüsse:

1. Der Prüfungsbericht über die Jahresabschlussprüfung 2019 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2019 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe wird mit einer Bilanzsumme in Aktiva und Passiva von 6.191.517,39 EUR in der geprüften Fassung festgestellt.
3. Die Gewinn- und Verlustrechnung, die Erträge von 2.111.019,29 EUR und Aufwendungen von 2.773.948,45 EUR für das Wirtschaftsjahr 2019 ausweist und mit einem Verlust von 662.929,16 EUR abschließt, wird festgestellt.
Die Betriebsteile sind mit folgenden Abschlüssen am Betriebsergebnis beteiligt:
Betriebsteil Tourismus: - 153.462,03 EUR
Betriebsteil Hafen: - 58.462,77 EUR
Betriebsteil Meerwasserschwimmhalle: - 450.933,66 EUR
Betriebsteil Bauhof: + 70,70 EUR
Der Verlust des Gemeindebetriebes ist durch die Gemeinde Ostseebad Laboe auszugleichen.
4. Es erfolgten Abschlagszahlungen auf die Verlustzuweisung für das Wirtschaftsjahr 2019 in Höhe von 659.300,00 EUR. Die Differenz zum festgestellten Jahresverlust beträgt 3.629,16 EUR.
5. Der Erstattungsbetrag der Gemeinde Ostseebad Laboe für die Nutzung der touristischen Infrastruktur durch Einheimische beträgt laut Jahresabschluss 237.128,95 EUR. Es erfolgten Abschlagszahlungen hierauf in Höhe von 220.000,00 EUR. Der Differenzbetrag in Höhe von 17.128,95 EUR ist zusammen mit dem Differenzbetrag zum festgestellten Jahresverlust i.H.v. 3.629,16 EUR von der Gemeinde Laboe in Höhe von 20.758,11 EUR ist in 2021 an den Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe zu zahlen.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 14	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

TO-Punkt 8: **Änderung der Satzung für den Kinder- und Jugendbeirat der Gemeinde Ostseebad Laboe**
Vorlage: LABOE/BV/468/2021

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im BSKS.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Änderung der Satzung für den Kinder- und Jugendbeirat der Gemeinde Ostseebad Laboe entsprechend dem Verwaltungsentwurf.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 16	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 9: Investitionsprogramm für Ganztagschulen
Vorlage: LABOE/BV/469/2021**

Herr Bürgermeister Voß erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Herr Gemeindevertreter Fleischfresser beantragt, wie auch im Ausschuss BSKS durchgeführt, eine getrennte Abstimmung zu Projekt I -Projektplanung Dachgeschoss und Projekt II - Herrichten Schulhoffläche Dorfstraße. Außerdem beantragt er, dann das Projekt II - Herrichten Schulhoffläche Dorfstraße zurück in den BSKS zu verweisen zur neuen Beratung und Überplanung des Geländes.

Herr Gemeindevertreter Fleischfresser begründet insbesondere den zweiten Antrag damit, dass seinerzeit der BSKS den Auftrag erteilt habe, die Möglichkeit der Errichtung von Parkplätzen, auch Behindertenparkplätzen, beim Beeke Selmer Haus zu prüfen. Hierzu stehe eine Ausschussbefassung noch aus.

Es schließt sich eine kurze Diskussion darüber an, in deren Verlauf auch insbesondere von Frau Gemeindevertreterin Kleinfeld noch einmal auf die Ausführungen der Schulleiterin im BSKS verwiesen wird, die die Errichtung einer weiteren Schulhoffläche für unbedingt erforderlich hält.

Herr Gemeindevertreter Opp beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird von 19:47 Uhr bis 19:49 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung lässt Herr Bürgervorsteher Meggle zunächst abstimmen über den Antrag auf getrennte Abstimmung. Dieser wird mit 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Gemeindevertretung stimmt sodann über den Beschlussvorschlag ab und fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die vorgestellten Projekte zur Umsetzung innerhalb des Förderprogramms. Der Bürgermeister wird beauftragt, entsprechende Förderanträge zu stellen. Weiterhin wird er ermächtigt, innerhalb des Finanzierungsrahmens die Kostenverteilung zwischen den Projekten festzulegen.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 14	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

TO-Punkt 10: Bekenntnis der Gemeindevertretung zum kommunalen Klimaschutz in Laboe; Antrag der SPD-Fraktion

Herr Gemeindevertreter Slenczek erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Plagmann formuliert für die LWG Fraktion kleine Änderungen zu dem Beschlussantrag der SPD.

Nach kurzer Diskussion, in deren Verlauf insbesondere darauf hingewiesen wird, dass die Software beim Kreis Plön vorhanden ist und entsprechende Daten für Laboe sogar dort schon vorliegen sowie die Erklärung der SPD-Fraktion, dass diese Software kostenlos sei, beantragt Herr Gemeindevertreter Slenczek eine Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird von 20:08 Uhr bis 20:14 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Herr Gemeindevertreter Slenczek, dass man den Beschlussantrag gemeinsam mit der LWG-Fraktion modifiziert habe. Er erläutert dies kurz.

Herr Gemeindevertreter Opp beantragt eine erneute Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird von 20:16 Uhr bis 20:17 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stimmt die Gemeindevertretung über den gemeinsamen Beschlussantrag der SPD- und der LWG-Fraktion ab und fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung bekennt sich zum kommunalen Klimaschutz und will diesen bei künftigen Entscheidungen mitberücksichtigen.
2. Zur Unterstützung dieser Absicht werden die Gemeindeverwaltung oder das Amt Probstei gebeten, -soweit möglich- mit dem Klimaschutzbeauftragten des Kreises Plön mit dem Klima-Navi Energie- und Treibhausgasbilanzen für Laboe zu erstellen.
3. Es soll über die aktuellen CO2-Emissionen des Ostseebades Laboe pro Kopf und nach Sektoren unterschieden regelmäßig im ULE Ausschuss berichtet werden.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 2	Enthaltungen: 4	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Aufwertung des NER - Naturerlebnisraum Dünenlandschaft Laboe; Antrag von Herrn Gemeindevertreter Fleischfresser

Herr Gemeindevertreter Fleischfresser erläutert seinen Antrag.

Während insbesondere von der LWG- Fraktion und der SPD-Fraktion gerade auch vor dem Hintergrund, dass für Naturerlebnisräume möglicherweise Fördergelder generiert werden können, angeregt wird, in größeren Kategorien zu denken, erklärt Herr Gemeindevertreter Fleischfresser, dass hiergegen natürlich grundsätzlich nichts spreche, aber ihm sei nun mal gerade wichtig, jetzt schon zu dieser Saison, wenn auch mit kleinen Maßnahmen, anzufangen. Dies sei allemal besser, als gar nichts zu tun. Eine diskutierte Verweisung dieses Tagesordnungspunktes an den ULE für die geplante Sitzung am 25.03.2021 kann Herr Gemeindevertreter Fleischfresser mittragen.

Die Gemeindevertretung beschließt im Anschluss daran die Verweisung an den ULE für die Sitzung am 25.03.2021 mit 16 Ja-Stimmen.

TO-Punkt 12: Parkgebührenverordnung; Friedrichstraße und Buerbarg; Sachstandsbericht

Herr Bürgermeister Voß weist eingangs darauf hin, dass dieses Thema für den Finanzausschuss am 17.03.2021 vorgesehen sei. Er möchte dieser Diskussion daher nicht vorgreifen, aber schon kurz über die bisherigen Erkenntnisse berichten. Das Amt sei um straßenverkehrsrechtliche Einschätzung gebeten worden. Hiernach spreche aus rein straßenverkehrsrechtlicher Sicht nichts gegen eine Parkraumbewirtschaftung in der Friedrichstraße. Hierfür wird von Seiten des Amtes das Aufstellen von vier Automaten für sinnvoll erachtet. Dies sei

aber die reine straßenverkehrsrechtliche Sicht. Für mögliche Erwägungen des Brandschutzes, die noch in die abschließende Einschätzung einfließen könnten, sei er bereits in Kontakt mit dem Gemeindeführer und habe für kommende Woche ein gemeinsames Gespräch unter Beteiligung des Amtes terminiert. Für die Straße Buerberg werden von Seiten des Amtes aus rein straßenverkehrsrechtlicher Sicht ebenfalls keine Bedenken gegen eine Parkraumbewirtschaftung vorgetragen. Hier hält man etwa drei Automaten für sinnvoll. Er weist darauf hin dass für das Aufstellen der Automaten noch eine haushaltsrechtliche Absicherung erforderlich ist. Auf eine entsprechende Frage von Herrn Gemeindevertreter Opp zum Thema „Parksuchverkehr“ und „digitalen Hinweistafeln“ zur Ermittlung von freien Parkplätzen erklärt Herr Bürgermeister Voß, dass er am heutigen Abend hierzu keine abschließenden Äußerungen machen könne, aber er sei bereits in Kontakt mit der Kiel Region bezüglich digitaler Lösungen.

TO-Punkt 13: Änderung der Hauptsatzung

Herr Bürgervorsteher Meggle führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert kurz die Hintergründe und verweist auf die beiden vorliegenden Anträge zur Änderung der Hauptsatzung.

TO-Punkt 13.1: Hauptsatzungsänderung; Antrag der SPD-Fraktion

Herr Gemeindevertreter Slenczek erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Nach kurzer Diskussion unterbricht Herr Bürgervorsteher Meggle die Sitzung. Von 20:41 Uhr bis 20:55 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Herr Gemeindevertreter Slenczek, dass die SPD-Fraktion den zweiten Teil ihres Beschlussantrages zurückzieht.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Der Bürgermeister und die Verwaltung werden gebeten, kurzfristig eine Ergänzung für die Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe auszuarbeiten und der Gemeindevertretung in der nächsten Sitzung zur Beratung und zum Beschluss vorzulegen, damit zukünftig nach GO § 35a Sitzungen der Gemeindevertretung und Ausschüsse auch als Videokonferenz stattfinden können. Als Vorlage dient das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände vom 22. Januar 2021.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 14	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 13.2: Änderung der Hauptsatzung als erste (formale) Voraussetzung für zukünftige Sitzungen in Fällen von höherer Gewalt; Antrag der LWG-Fraktion

Herr Gemeindevertreter Plagmann erläutert den Antrag der LWG-Fraktion und erklärt, dass die LWG-Fraktion den Teil 1 ihres Beschlussantrages, der ja schon unter TOP 13.1 durch den Antrag der SPD Fraktion beschlossen worden sei, zurückziehe.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Mit dem Beschluss zu Punkt 1 aus dem SPD-Antrag zu TOP 13.1 werden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, Sitzungen im Sinne des § 35a GO in Form von Videokonferenzen abzuhalten. Die Gemeindevertretung beauftragt die Verwaltung, die technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zu prüfen und Lösungen zu erarbeiten. Anhand der Ergebnisse soll im Anschluss eine Abstimmung erfolgen zwischen der Selbstverwaltung, vertretend durch den Bürgervorsteher, die/den Fraktionsvorsitzenden sowie dem fraktionslosen Einzelkandidaten (sog. Interfraktionelle Runde) und der Verwaltung hinsichtlich der kommunalpolitischen und technischen Umsetzung von Sitzungen in Form von Videokonferenzen. Das Ergebnis soll zeitnah den Mitgliedern der Gemeindevertretung vorgestellt und ggf. zur Abstimmung vorgelegt werden.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 14	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 14: Satzungsänderung Seniorenbeirat; Ergebnis der Prüfung und Beschlussfassung; Antrag der GRÜNEN-Fraktion

Herr Gemeindevertreter Wenzel erläutert den Antrag der Grünen Fraktion. Da sich zwischenzeitlich durch Hinweise des Amtes herausgestellt habe, dass eine Briefwahl nur mit großem Aufwand umgesetzt werden könne, ziehe man diesen Passus aus dem Beschlussantrag zurück.

Es schließt sich eine Diskussion an, in deren Verlauf sich die Gemeindevertreter*innen mehrheitlich für eine Satzungsänderung aussprechen, während die Fraktionen der SPD und der CDU eine Satzungsänderung nicht für erforderlich halten, da es eine gültige Satzung gebe, und sich auf dieser Basis längst ein Seniorenbeirat hätte bilden können. Man solle doch erstmal mit der schon vorhandenen Satzung starten. Auf Anregung von Frau Gemeindevertreterin Kleinfeld wird aus dem Beschlussantrag der Grünen Fraktion der Passus gestrichen, dass Mitarbeiterinnen der Gemeinde nicht wählbar sein sollen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Bürgermeister möge zeitnah eine Änderungssatzung zur Satzung über die Bildung eines SeniorInnenbeirates vom 26.11.2014 mit folgendem Inhalt erlassen:
 - a.) § 4 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Der Senior*innenbeirat besteht aus maximal 7 gewählten Personen. Der Beirat sollte geschlechterparitätisch besetzt sein.“
 - b.) § 4 Abs. 4 wird wie folgt neu angefügt:
„Nicht wählbar sind Mitglieder der Gemeindevertretung und bürgerliche Mitglieder der Ausschüsse, Vorstandsmitglieder der Wohlfahrtsverbände auf Orts-, Kreis- und Landesebene sowie Vorstandsmitglieder der Parteien auf Orts-, Kreis- und Landesebene.“
2. Der Bürgermeister möge zeitnah nach Erlass der Änderungssatzung das Wahlverfahren für den Senior*innenbeirat in Gang setzen.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 6	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 15: Aufhebung des Beschlusses aus der GV vom 24.06.2020 unter TOP 14 - Sanierung Rathaus und Aufhebung des Beschlusses aus der GV vom 12.02.2020 unter TOP 14 Punkt 3: Sanierung Rathaus; Anträge der CDU-Fraktion

Herr Bürgervorsteher Meggle führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf die vorliegenden Anträge. Die CDU Fraktion habe sich außerdem vorbehalten zu diesem TOP gegebenenfalls einen weiteren Antrag zu stellen.

Zunächst begründet die CDU-Fraktion ihren Antrag auf Aufhebung des Beschlusses vom 24.06.2020.

Herr Bürgervorsteher Meggle findet es nicht richtig, den gesamten Beschluss aufzuheben, denn zumindest in Satz 1 spreche sich schließlich die Gemeinde für die zügige Umsetzung des Planungsprozesses aus und dies sei doch sicherlich weiterhin die Absicht der Gemeinde. Auch die Grünen Fraktion insgesamt sieht keinen Anlass für die Aufhebung, denn es gebe zwar geänderte Rahmenbedingungen, aber man solle doch dem Bürgermeister zunächst die Möglichkeit geben, unter den neuen Rahmenbedingungen den Planungsprozess wiederaufzunehmen. Alles andere wäre doch zu diesem Zeitpunkt viel zu konkret.

Herr Bürgervorsteher Meggle erkundigt sich, ob auch der Bürgermeister beabsichtigt, einen eigenen Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt vorzutragen. Herr Bürgermeister Voß verneint dies. Er möchte allerdings darauf hinweisen, dass er es zu diesem Zeitpunkt verfrüht findet, bereits konkrete Raumkonzepte zu beschließen. Die Aufhebung der damaligen Beschlüsse aufgrund der veränderten Gegebenheiten sei das eine und natürlich durchaus denkbar, aber ein konkretes Raumkonzept sollte zunächst entwickelt werden. Seine Befürchtung sei, dass man am heutigen Abend für keinen der vorgetragenen Anträge eine Mehrheit bekomme. Es gelte zu vermeiden, ein solches Signal nach außen zu senden.

Es entbrennt eine Diskussion, in deren Verlauf die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion sich irritiert darüber zeigen, dass der Bürgermeister am heutigen Abend keinen eigenen Antrag zur Abstimmung stellt, da man aufgrund einer internen Videokonferenz davon ausgegangen war. Nur deshalb überhaupt habe man laut SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag und laut CDU-Fraktion einen weiteren Antrag formuliert, den man wie angekündigt, gegebenenfalls heute noch stellen wollte. Herr Bürgermeister Voß zeigt sich hierüber verwundert und stellt klar, dass er selbstverständlich, wenn er dieses konkret vorgehabt hätte, dies rechtzeitig vor der Sitzung den Fraktionen mitgeteilt hätte, denn dies sei sein Verständnis von einem guten Umgang miteinander.

Nach einer weiteren Diskussion, in deren Verlauf Herr Gemeindevertreter Fleischfresser es außerordentlich bedauert, dass das Amt Probstei die Amtsgeschäfte nicht mehr im Rathaus vornehmen wolle, da dies sei für ihn nur schwer zu akzeptieren sei, wird deutlich, dass die Fraktionen sich selbstverständlich weiterhin für eine Sanierung des Rathauses aussprechen, dass aber natürlich die neuen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen.

Herr Gemeindevertreter Petrowski begründet im Anschluss daran den Antrag der CDU Fraktion auf Aufhebung von Ziffer 3 des Beschlusses vom 12.02.2020. Der CDU Fraktion sei wichtig, den Planungsprozess aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen neu zu starten. Dies sieht die SPD-Fraktion ebenso, denn was mit dem Gebäude passiere, entscheide

letztendlich die Selbstverwaltung, man solle doch versuchen ein neues Raumkonzept im Konsens zu entwickeln.

Herr Bürgervorsteher Meggle unterbricht die Sitzung von 21:30 Uhr bis 21:50 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Herr Gemeindevertreter Slenczek, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückzieht.

Herr Gemeindevertreter Petrowski erklärt für die CDU-Fraktion, dass er den angekündigten Antrag heute Abend nicht stellen, sondern die Antragstellung verschieben werde.

Die Gemeindevertretung fasst daraufhin folgende Beschlüsse:

Beschluss:

- I. Aufgrund von veränderten Gegebenheiten beschließt die Gemeindevertretung die Aufhebung des Beschlusses aus der Gemeindevertretung vom 12.02.2020 unter TOP 14 Punkt 3: Sanierung Rathaus (nicht öffentlich).
- II. Die Gemeindevertretung beschließt die zügige Sanierung des Laboer Rathauses auf Basis eines neu zu beschließenden Nutzungskonzeptes.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 6	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Beschluss: Aufgrund von veränderten Gegebenheiten beschließt die Gemeindevertretung die Aufhebung des Beschlusses aus der Gemeindevertretung vom 24.06.2020 unter TOP 14- Sanierung Rathaus (öffentlich).

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 6	Enthaltungen:	Befangen: 0

TO-Punkt 16: Bekanntgaben und Anfragen

16.1

Herr Bürgervorsteher Meggle gibt die nächsten Ausschusstermine bekannt und erklärt, dass die Gemeindevertretung am 24.03.2021 nicht stattfindet. Er begründet dies kurz.

16.2

Auf Nachfrage von Herrn Gemeindevertreter Fleischfresser erläutert Amtsmitarbeiterin Grulich, dass die Gemeindevertretung die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung durch Mehrheitsbeschluss ändern könne. Sie könne daher auch Anträge, die zur Tagesordnung gestellt worden sind, mit einfacher Mehrheit von der Tagesordnung absetzen. Eine inhaltliche Beratungspflicht bestehe nicht.

16.3

Auf Nachfrage von Frau Gemeindevertreterin Kleinfeld erklärt Herr Bürgermeister Voß, dass die Kurzarbeit der Mitarbeiter*innen der Schwimmhalle nach seiner Erinnerung bis zum 30.04.2021 beantragt sei. Frau Gemeindevertreterin Kleinfeld regt an, den Beantragungszeitraum auszudehnen; früher aus der Kurzarbeit aussteigen könne man bei geänderten Gegebenheiten immer.

16.4

Auf Nachfrage von Herrn Gemeindevertreter Slenczek zum Thema Schwimmhalle erklärt der Bürgermeister, dass die aus der Standortanalyse resultierende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung noch nicht abschließend vorliege, weil zunächst noch ein Planungsgespräch mit den beteiligten Behörden, das bereits terminiert sei, abgewartet werden soll.

16.5

Auf Nachfrage von Herrn Gemeindevertreter Krogowski erklärt Herr Bürgermeister Voß, dass der Beantragungszeitraum aus der Förderrichtlinie für touristische Projekte auf jeden Fall länger angesetzt sei. Das konkrete Datum könne er heute nicht sagen.

16.6

Herr Gemeindevertreter Krogowski regt an, anstehende Tagesordnungspunkte auf mehrere Sitzungen aufzuteilen, da die Tagesordnungen immer umfangreicher werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Bürgervorsteher Meggle schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 22:04 Uhr.

Die Sitzung wird ohne Pause mit den nicht-öffentlichen Sitzungsteil fortgesetzt.

Gez.
Michael Meggle
- Bürgervorsteher -

Gez.
Angela Grulich
- Protokollführerin -

Gesehen:
Gez.
Heiko Voß
- Bürgermeister -

Gesehen:
Gez.
Sönke Körber
- Amtsdirektor -